

GENERALREDE

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion
zum Budget 2019

gehalten von

Klubobmann GR Mag. Armin SIPPEL, MPA

am 13. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Hoher Gemeinderat!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der vorliegende Voranschlag für das Jahr 2019 ist Kulturförderung nach meinem Geschmack! Aber welche Kultur wurde hier gefördert? Das kann ich Ihnen gerne sagen: Gesprächskultur, Verhandlungskultur und die Kultur der Gesamtverantwortung!

Nicht nur die großen Grazer Häuser wie Oper, Schauspielhaus und Next Liberty führen – auch unter den aktuellen Intendanten – großartige Stücke auf. Auch im Gemeinderat erleben wir heute gleich zwei fulminante Stücke. Nämlich die „Blockbuster“: *Teil 1 - Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2019* und *Teil 2 – Beschlüsse zum Voranschlag der außerordentlichen Gebarung 2019*.

In den Hauptrollen: Der Steuerzahler, die Leistungsträger und die Wirtschaftstreibenden. Weitere wichtige Rollen: Die sozial Bedürftigen, die Bildungshungrigen aber auch die Kultur & die Wissenschaft.

Die Intendanz lag auch dieses Mal bei Bürgermeister Siegfried Nagl und Bürgermeister-Stv. Mario Eustacchio. Regie: Finanzstadtrat Günter Riegler, Drehbuch: Finanzdirektor Karl Kamper und Special Effects: Michael Kicker. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Für die Kommunisten, die GrünInnen, die Sozialisten und die Neos blieb wieder nur die Statistenrolle übrig. Nicht weil es in diesem großartigen Machwerk nicht noch weitere spannende, kreative Rollen gegeben hätte, nein, sondern weil die Protagonisten dieser Parteien – um im Jargon zu bleiben – leider ihren Text nicht gelernt haben.

Anstatt kreativ und heldenhaft für die Grazer zu spielen und zu gestalten, erleben wir heute wieder ein eher erwartbares Trauerspiel parteipolitischer Agitation durch die „Njet-Fraktionen“.

Was für eine plötzliche und unerwartete Wendung könnte dieses Stück nehmen, würde sich die vereinte Budgetopposition doch entschließen, etwas weiter nach vorne ins Rampenlicht zu kommen und mitzuwirken. Fehlanzeige. Aber auch ohne diese Unterstützung verdient dieser Voranschlag das Prädikat „sehenswert“, wenn nicht sogar „oscarreif“.

Halten wir fest, es fehlt bei euch an Bereitschaft, Mut und politischer Kreativität. Wenn man so will, reduziert ihr euch auf die Rolle von politischen Orks, die weiter ihr Dasein im budgetären Nebelgebirge fristen wollen.

Eines ist klar. Man kann immer ein Haar in der Suppe finden. Letztlich sind es aber nur Nuancen, welche die einzelnen Zugänge der Parteien zu diesem Zahlenwerk unterscheiden. Ein Blick auf das Budgetvolumen zeigt, dass über 90 Prozent der Gesamtsumme in der

Ordentlichen Gebarung eingestellt sind. 1,034 Milliarden – so viel wie noch nie - werden also für Personal, Pensionen, die immer weiter steigenden Sozialausgaben, aber auch beispielsweise für die Verlustabdeckung des öffentlichen Verkehrs aufgewendet. In der OG befinden sich - auch so unwesentliche Dinge - wie die Eckwerte der einzelnen Abteilungen. 23,24 Millionen Euro gibt es da im Sozialamt für den Bereich Pflege, 7,11 Millionen für das Gesundheitsamt - politische Zuständigkeit: Robert Krotzer. Knapp über 12 Millionen bekommt das Straßenamt und noch einmal 1,2 Millionen die Verkehrsplanung – politische Zuständigkeit: Elke Kahr.

Das Hauptaugenmerk liegt aber wie immer auf der außerordentlichen Gebarung. Also auf jenen Mitteln, die aufgewendet werden, um Investitionen zu tätigen. Im Budget 2019 ist die AOG mit 96,2 Millionen Euro dotiert. Investitionen sind ein zusätzlicher Motor für unsere Stadt. Und weil es derzeit eine so erfreuliche konjunkturelle Entwicklung gibt, wurde der Investitionsfonds nicht nur um ein Jahr verlängert, sondern um weitere 120 Millionen auf wieder 300 Millionen Euro aufgestockt. In diesem Fall befeuert die gute Wirtschaftslage (Einnahmensteigerung bei den Bundessteuern von 3-4 Prozent per anno, Steigerung der Kommunalsteuer um 6 Millionen auf 143 Millionen Euro) unsere Vorhaben, ein Umstand der dieses Budget noch einmal deutlich aufwertet. Umfassende Schulausbauten, ein Wohnbauprogramm in Höhe von 14,8 Millionen Euro, die Neuerrichtung der Alten Poststraße und die Straßenbahn nach Reininghaus sind bereits beschlossen. Sechs Straßenbahngarnituren in der Höhe von 12,5 Millionen Euro aber auch die Generalsanierung des Thalersees mit einem tollen Naherholungsangebot für die Grazer sind für 2019 in Planung.

Soziales, Bildung, Pflege, Kultur & Wissenschaft werden im Schnitt um über 3 Prozent erhöht. Alle Parteien, denen diese Bereiche wichtig sind, können in Wirklichkeit ihre Zustimmung nicht verweigern.

Es handelt sich hier nicht nur um das größte Budget aller Zeiten, sondern auch um eines der ausgewogensten. Es bleibt die Frage, was noch alles passieren muss, damit es von KPÖ, GrünInnen, SPÖ und Neos auch eine Zustimmung gibt? Ich kann es ihnen sagen, es ist egal was passiert – es wird niemals eine Zustimmung dieser Parteien geben – zumindest nicht zu einem Budget, das von Schwarz- Blau vorgelegt wird. Lieber Herr Finanzstadtrat, da können wir Purzelbäume schlagen oder Schuhe aufblasen, es wird nichts nutzen – zu starr sitzen die parteipolitischen Scheuklappen.

Insofern ist dieses Werben, um budgetpolitische Vernunft und Voraussicht völlig sinnlos. Da verwende ich lieber meine wertvolle Redezeit, um der Öffentlichkeit die Essenz dieses Budgets näher zu bringen.

Aus unserer Sicht sollte in jeder politischen Betrachtung der österreichische Staatsbürger im Mittelpunkt stehen. „Österreich zuerst!“ darf ruhig die Maxime aller Entscheidungen sein. Wenn wir mehr Mittel für das städtische Wohnen zur Verfügung stellen, dann bedeutet das auch mehr Wohnungen bei noch dazu kürzeren Wartezeiten für unsere österreichischen Landsleute – den neuen Richtlinien sei Dank. 60 Wohnungen für Jungfamilien in der

Plüddemanngasse sind darüber hinaus eine großartige Chance für heimische Jugendliche, einen guten Start ins neue, selbständige Leben zu schaffen.

Die Berechtigung für eine Sozialcard - die auch der Schlüssel zu den freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt ist – ist seit 1. Jänner 2018 neu geregelt. Insgesamt bedeuten die neuen Anspruchsvoraussetzungen mehr Fairness für die österreichische Bevölkerung.

Überhaupt ist die aktuell größte Herausforderung der Sozialbereich. Die Ausgaben im Behindertenbereich, in der Sozialhilfe oder in der Pflege explodieren. Umso wichtiger ist es, mit aller Sensibilität in diesem Bereich steuernd einzugreifen. Ich bin froh, dass wir den Automatismus bei der Zahlung der freiwilligen sozialen Leistungen abgeschafft haben. Den Menschen ist es nämlich zumutbar, sich – falls Unterstützung gebraucht wird - aktiv um eben diese zu bemühen. Die Umstellung auf Gutscheine, soll darüber hinaus mehr Zweckgebundenheit sicherstellen.

Ein umfangreiches, arbeitsintensives Zahlenwerk liegt vor uns. Die wichtigsten Kennzahlen wurden von unserem Finanzstadtrat präsentiert, von den Medien nach der Budget-Pressekonferenz berichtet und heute schon vielfach kommentiert. Ein Aspekt wird im Zuge der Budgetdebatte aber immer gerne ausgeblendet - es mag durchaus an der Komplexität des Budgets liegen. Nennen wir diesen Aspekt Kreislauf, Fluss oder auch Budgetkausalität: D.h., der Verzicht auf Einnahmen einerseits bedeutet weniger Mittel und damit weniger Gestaltungsspielräume andererseits. Wenn wir jetzt für unsere städtischen Bediensteten, die alle hervorragende Arbeit leisten, den Gehaltsabschluss des Bundes in der Höhe von 2,76 Prozent übernehmen, müssen wir aktuell 700.000 Euro mehr in die Hand nehmen, da vorsorglich nur 2,2 Prozent im Voranschlag eingestellt waren. Schwarz-Blau bekennt sich ohne Wenn und Aber zu dieser Gehaltserhöhung, trotzdem muss dieses zusätzliche Geld aber irgendwo herkommen. Eines kann ich versichern, aus einer stadteigenen Gelddruckmaschine kommt es nicht.

Es gibt jetzt also insgesamt drei Möglichkeiten: 1.) Wir zwacken das Geld wo anders ab - beispielsweise von einer Ausgabe für die Verkehrsinfrastruktur - 2.) Wir erhöhen Einnahmen über die reine Indexanpassung hinaus – beispielsweise im Bereich der städtischen Kanalgebühr – oder 3.) Wir finanzieren fremd und erhöhen damit den Schuldenstand oder verringern den knappen aber doch vorhandenen Überschuss von 16 Millionen Euro, der wiederum zum Schuldenabbau dienen sollte - So einfach sind in Wirklichkeit diese Budgetkausalitäten, die für alle Ausgaben, die über den laufenden Betrieb hinausgehen, gelten. Wer also gestalten will, muss sich in die Welt der komplexen Zusammenhänge begeben und sich zu einer bestimmten Vorgehensweise bekennen. Schwarz-Blau hat sich in diesem Budget zu einer klaren Vorgehensweise bekannt. Nämlich zu einem investiven Budget, welches sich in einem klaren Rahmen namens Schuldenobergrenze bewegt.

Wer diese Budgetkausalitäten versteht – bei der KPÖ darf man da Zweifel anmelden - kann daher auch guten Gewissens sagen: Indexanpassungen bei diversen städtischen Gebühren, wie bei den Parkgebühren oder den Müll- oder Kanalgebühren, sind Maßnahmen, die eine

Politik der sozialen Wärme längerfristig überhaupt erst möglich machen und nicht umgekehrt, wie von der KPÖ behauptet.

Wer diese Budgetkausalitäten versteht – auch bei der SPÖ sind da so manche Zweifel angebracht - wird erkennen, dass gerade der Investitionsfonds genug Platz für Visionen bietet, insbesondere im Bereich Verkehr. Schwieriger ist es da schon, die vielen Visionen wie die Reininghaus-Straßenbahn, die Smart-City-Infrastruktur, die neuen Elektrobusse oder die TIM-Offensive zeitnahe in die Realität umzusetzen. Aber vielleicht gibt es ja auch trotzdem, da und dort Unterstützung der SPÖ.

Ein Beispiel, wo man wirklich attestieren muss, dass budgetäre Zusammenhänge - bewusst oder aus politischer Naivität heraus – nicht nachvollzogen werden, ist die Forderung nach dem Gratis-ÖV. Viel populistischer geht es definitiv nicht mehr.

Alleine die Bezeichnung Gratis ist in diesem Zusammenhang eine Verhöhnung aller denkaktiven Mitmenschen. In Wahrheit müsste man zu diesem Projekt eher „ÖV mit fahrscheinfreier Beförderung“ sagen, denn der öffentliche Verkehr kann niemals kostenlos und schon gar nicht gratis sein. Die zusätzlich entstehenden Kosten von jährlich 40 Millionen Euro, müssten irgendwie abgedeckt werden stammen. Da es anders kaum möglich wäre, müsste die Stadt den 40-Millionen-Entgang wieder von den Bürgern in Form zusätzlicher Abgaben oder Gebühren zurückholen. Wenn 83 Prozent der Grazer auf die Frage, ob sie für Gratis-Öffis sind, mit Ja antworten - dann müsste aber auch gleichzeitig gefragt werden, ob die Grazer zur weiteren Verlustabdeckung der ohnehin schon hochdefizitären Graz-Linien, durch zusätzliche Beiträge bereit sind?

Vorschlagen und Fordern kann man alles. Denkverbote darf es nicht geben. Es soll diskutiert werden dürfen, ob fahrscheinfreier ÖV tatsächlich das entscheidende Argument für den Umstieg vom Auto sein kann und ob die Stadt Graz tatsächlich die notwendigen Kapazitäten ohne Qualitätsverlust bereitstellen kann. Wenn man sich schon bemüßigt fühlt, mit solchen Verkehrskonzepten an den Start zu gehen, dann sollte man seriöser Weise auch einen Bedeckungsvorschlag mitliefern.

Insgesamt liegt heute ein Budget vor uns, gegen das man in Wirklichkeit nicht sein kann.

Betrachtet man diesen Voranschlag wie eine Pyramide, so besteht deren Basis aus den budgetären Grundbedürfnissen. Dazu zählen die Gehälter, den Pensionen und die Aufrechterhaltung der städtischen Infrastruktur. Alles Aufwendungen, die vollkommen unumstritten sind.

Die Ausgaben für soziale Sicherheit und das zur Verfügung stellen von städtischer Nahversorgung im Bereich des Verkehrs, des Sports, in Kultur und Freizeit sind über den Grundbedürfnissen angesiedelt und ebenfalls – bei da und dort unterschiedlichen Ansätzen – weitestgehend unumstritten. Interessant wird es an der Spitze der Pyramide. Hier befindet sich jener Bereich, wo es tatsächlich größeren Gestaltungsspielraum gibt. Unterschiedliche Prioritäten prallen aufeinander und es wird heftig diskutiert. Die große Frage ist und bleibt,

wer soll entscheiden, was hier zur Umsetzung gelangt? Diejenigen, die Gesamtverantwortung tragen und die Mehrheit hinter sich haben? Die Bürger in Form direktdemokratischer Mitbestimmung? Oder gar jene Gruppierungen, die bei den budgetären Grundbedürfnissen ihre Zustimmung verweigern, dann aber bei den außerordentlichen Investitionen mitreden wollen?

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Fragen, sollte jeder für sich selbst beantworten.

Zum Schluss meiner Budgetrede darf ich – einer lieb gewordenen Tradition folgend – ein kurzes Gedicht zum Besten geben.

Wir wissen nun, worum es geht
Und wie's um die Finanzen steht.
Das ganze Drehbuch ist geschrieben,
nun wird die Aufführung betrieben.

Darsteller, Technik und Monteur,
Kamera und Regisseur,
Sie kennen alle ihre Rollen,
Die sie ab Jänner spielen wollen.

Der Weg erscheint mir praktikabel,
So formulier ich's als Parabel.
Zudem Sie alle - wie ich find -
Ja ganz famose Künstler sind.

Ganz egal wohin ich seh',
Hier sind nur Meister im Metier.
Nun müssen wir zusammenspielen,
Ein jeder einer unter vielen.

Vergeblich wäre unser Ringen,
Denn nur gemeinsam kann gelingen,
dass den Grazern auch gefällt,
was ihnen heute vorgestellt.

Doch wie naiv! Ja weh' mir! Wehe!
Während ich nach Eintracht flehe,
sagt mir manch zorniges Gesicht:
„Nein! Mir gefällt die Rolle nicht!“